Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6446
06. 12. 96

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 11. Dezember 1996

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Bachmaier, Hermann (SPD)	29, 30
Behrendt, Wolfgang (SPD)	5
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	11, 12
Brandt-Elsweier, Anni (SPD)	31, 32
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 44
Dreßen, Peter (SPD)	85
Duve, Freimut (SPD)	20, 21
Gansel, Norbert (SPD)	16, 17
Graf, Günter (Friesoythe) (SPD)	1, 24
Hartenbach, Alfred (SPD)	56, 57
Heistermann, Dieter (SPD)	47, 48
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	13, 14
Hofmann, Frank (Volkach) (SPD)	22, 23
Jäger, Renate (SPD)	54, 55
Kuhlwein, Eckart (SPD)	75, 76
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	41, 42
Dr. Lippelt, Helmut (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 43
Lotz, Erika (SPD)	68, 69
Marx, Dorle (SPD)	66, 67
Matschie, Christoph (SPD)	77, 78
Mehl, Ulrike (SPD)	73, 74
Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	83, 84
Müller, Michael (Düsseldorf) (SPD)	81, 82
Neumann, Volker (Bramsche) (SPD)	25, 26
Dr. Niese, Rolf (SPD)	92, 93
Nitsch, Egbert (Rendsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 52
Ostertag, Adolf (SPD)	64, 65
Palis, Kurt (SPD)	49, 50
Purps, Rudolf (SPD)	90, 91
Reschke, Otto (SPD)	88, 89
Saibold, Halo (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46
Schaich-Walch, Gudrun (SPD)	60, 61
Schily, Otto (SPD)	18, 19
Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD)	72
Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	39, 40
Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	79, 80
Schwanhold, Ernst (SPD)	62, 63
Spanier, Wolfgang (SPD)	7, 8
Dr. Sperling, Dietrich (SPD)	58, 59
Stiegler, Ludwig (SPD)	6, 53
Dr. Struck, Peter (SPD)	33, 51
Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 36
Tappe, Joachim (SPD)	3, 4
Tröscher, Adelheid (SPD)	70, 71
Verheugen, Günter (SPD)	34, 35
Wallow, Hans (SPD)	94, 95
Warnick, Klaus-Jürgen (PDS)	86, 87
Weisskirchen, Gert (Wiesloch) (SPD)	27, 28
Dr. Wodarg, Wolfgang (SPD)	9, 10

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordneter **Günter Graf (Friesoythe)** (SPD)	Was ist der Bundesregierung bekannt über „Bitten deutscher Behörden" an Stellen in der Schweiz, den Privatdetektiv Werner Mauss im Jahre 1987 mit falschen Pässen auszustatten (DER SPIEGEL Nr. 2/1993, S. 68), in Anbetracht der Erklärung von Staatsminister Bernd Schmidbauer in der Fragestunde vom 4. Dezember 1996, die „offizielle Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden" der Bundesrepublik Deutschland sei Anfang der 80er Jahre beendet worden und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz habe es keine solche Zusammenarbeit gegeben?
2. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Bundesbehörden und -minister sowie – auf deren Veranlassung – Dritte haben Werner Mauss seit 1984 jeweils welche Art geldwerter Vorteile, behördlicher Dokumente oder anderer „unkonventioneller Hilfen" zugewendet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordneter **Joachim Tappe** (SPD)	Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über genehmigte Nebentätigkeiten von Richterinnen und Richtern am Bundesgerichtshof vor, und wenn ja, um welche Nebentätigkeiten handelt es sich?
4. Abgeordneter **Joachim Tappe** (SPD)	Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob genehmigte Nebentätigkeiten von Richterinnen und Richtern am Bundesgerichtshofs gleichmäßig auf alle Senate verteilt sind, oder ist eine Konzentration bei bestimmten Senaten festzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

5. Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)

Plant die Bundesregierung angesichts des polnischen Interesses eine Beteiligung am polnischen Ecofund, an dem bereits die USA, die Schweiz und Frankreich beteiligt sind, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß deutsche Unternehmen beim Zugang zum polnischen Umweltmarkt im Vergleich zu US-Firmen aufgrund der bisherigen Nichtbeteiligung häufig das Nachsehen haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

6. Abgeordneter **Ludwig Stiegler** (SPD)

Wie ist der aktuelle Stand der Vorbereitungen für den Aufbau der neuen sechsten Inspektion an der Heeresunteroffiziersschule II in Weiden, und ab wann kann mit der Unteroffiziersausbildung begonnen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

7. Abgeordneter **Wolfgang Spanier** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die in der Bundesrepublik Deutschland auf der Straße leben, und worauf stützt sich diese Schätzung?

8. Abgeordneter **Wolfgang Spanier** (SPD)

Welche besonderen Maßnahmen unternimmt oder plant die Bundesregierung, um diesen Kindern und Jugendlichen zu helfen, und von welchen speziellen Hilfsmaßnahmen bzw. Projekten einzelner Länder und Kommunen hat die Bundesregierung Kenntnis?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

9. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Wodarg** (SPD)

Welche pharmakologisch wirksamen Bestandteile von Tierarzneimitteln wurden seit Inkrafttreten der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 von deren Anhang III (Verzeichnis der in Tierarzneimitteln verwendeten pharmakologisch wirksamen Stoffe, für die vorläufige Höchstmengen festgelegt sind) mit welcher Begründung in Anhang IV (Verzeichnis der pharmakologisch wirksamen Stoffe, für die keine Höchstmengen festgelegt werden können) dieser Verordnung aufgenommen?

10. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Wodarg** (SPD)

Seit wann ist § 31 Abs. 1 Nr. 3a des bundesdeutschen Arzneimittelgesetzes (AMG) in Kraft, und in welchen Fällen wurde er nach Kenntnis der Bundesregierung bislang zur Anwendung gebracht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

11. Abgeordneter **Friedhelm Julius Beucher** (SPD)

Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die A 4 zwischen dem Autobahnkreuz Merheim bis zur Anschlußstelle Bensberg-Moitzfeld sechsstreifig für 60 Mio. DM auszubauen, und den Vorschlag des Kölner Regierungspräsidenten ablehnt, statt dessen dort eine wesentlich billigere und für den Verkehrsfluß gleich effektivere Verkehrsbeeinflussungsanlage einzurichten, die nur 10 Mio. DM kosten würde?

12. Abgeordneter **Friedhelm Julius Beucher** (SPD)

Ist es richtig, daß der Bundesminister für Verkehr als Sofortmaßnahme die Freigabe des Standstreifens rund um die Uhr befürwortet, obwohl bekannt ist, daß Autobahnabschnitte ohne Standstreifen fast 30% mehr Unfälle haben als Autobahnabschnitte mit Standstreifen, weshalb der Kölner Regierungspräsident eine Freigabe des Standstreifens nur mit Überwachung genehmigen will?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

13. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Presseberichte (PNP vom 4. Dezember 1996) bekannt, daß in Ostbayern über 1 100 freie Lehrstellen wegen Mangel an Nachfragern nicht besetzt werden können, und welche Möglichkeiten gibt es, hiergegen etwas zu tun?

14. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß es unverständlich wäre, solche Betriebe, die Ausbildungsplätze bereitstellen, aber mangels Nachfrage nicht besetzen können, mit einer Ausbildungsplatzabgabe zu belegen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

15. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Könnte, wenn nach Auskunft der Bundesregierung (siehe Antwort auf meine Frage 42 in Drucksache 13/6355) es keinen Brief der Bundesregierung an die kolumbianische Staatsanwaltschaft gegeben haben soll, in dem sie den Agenten Werner Mauss als Vermittler zur Guerilla stützt und die kolumbianischen Behörden auffordert, „wieder Vertraulichkeit einkehren zu lassen", es dann eine allgemeine Mitteilung in Form eines an kolumbianische Behörden übersandten „Non-papers" oder einer Presseerklärung oder eines „To whom it may concern" gewesen sein, und in welchem Zusammenhang wurde eine solche Mitteilung abgegeben?

16. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Wann sind welche Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes erstmals über die von Staatsminister Bernd Schmidbauer in der Fragestunde vom 4. Dezember 1996 erwähnten „Vorbereitungen, die zu Friedensgesprächen führen sollten" für Kolumbien informiert worden,und wann hat Staatsminister Bernd Schmidbauer erstmals den Bundesminister des Auswärten, Dr. Klaus Kinkel, über solche Vorbereitungen informiert?

17. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Mit welchem Ergebnis hat Staatsminister Bernd Schmidbauer den Widerspruch aufgeklärt, wie er es in der Fragestunde vom 4. Dezember 1996 angekündigt hat, daß nach seinen Erkenntnissen sich „Herr Schöne und andere an Herrn Mauss mit der Bitte um Hilfe gewandt" haben, während Herr Schöne dem Magazin „FRONTAL" gegenüber erklärt hat, daß sich der Privatdetektiv Werner Mauss massiv in den Entführungsfall seiner Frau hineingedrängt habe, und wann hat Staatsminister Bernd Schmidbauer erstmals von der Entführung von Frau Schöne erfahren?

18. Abgeordneter **Otto Schily** (SPD)

Hat die Bundesregierung geprüft, ob die Bundesregierung durch Unterstützung der Aktivitäten des Privatagenten Werner Mauss Beihilfe zu Handlungen leistet, die nach kolumbianischem Strafrecht unter Strafe gestellt sind?

19. Abgeordneter **Otto Schily** (SPD)

Hat die Bundesregierung abgewogen, ob die Hinzuziehung des Privatagenten Werner Mauss bei den Sondierungsgesprächen, die zu dem Beginn eines Friedensdialogs zwischen der kolumbianischen Regierung und Rebellengruppen führen sollten, dem Ziel dieser Sondierungsgespräche eher abträglich als förderlich war?

20. Abgeordneter **Freimut Duve** (SPD)

Wer hat die Beteiligung des Privatdetektivs Werner Mauss vorgeschlagen, als sich argentinische Regierungsstellen im Mai dieses Jahres an die Bundesregierung gewandt haben, um bei dem Freikauf argentinischer Geiseln in Kolumbien behilflich zu sein, und wird bei solchen Kontaktaufnahmen die Position befreundeter europäischer Regierungen, grundsätzlich niemals und unter keinen Umständen Kontakte mit Geiselnehmern zu suchen, berücksichtigt?

21. Abgeordneter **Freimut Duve** (SPD)

Wann und mit wem hat Staatsminister Bernd Schmidbauer erstmals die von ihm in der Fragestunde vom 4. Dezember 1996 erwähnten „Sondierungsgespräche im Hinblick auf Friedensgespräche" für Kolumbien geführt?

22. Abgeordneter **Frank Hofmann (Volkach)** (SPD)

Hat Werner Mauss für sein Tätigwerden irgendwelche Zuwendungen bzw. Aufwandsentschädigungen seitens der Bundesregierung bzw. bundesdeutscher Behörden erhalten?

23. Abgeordneter **Frank Hofmann (Volkach)** (SPD)

Welche konkreten Dienstleistungen wurden seitens der Bundesregierung bzw. bundesdeutscher Behörden gegenüber dem Ehepaar Mauss wann erbracht?

24. Abgeordneter **Günter Graf (Friesoythe)** (SPD)

Wie oft hat der Privatdetektiv Werner Mauss Staatsminister Bernd Schmidbauer oder andere Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes im Bundeskanzleramt besucht, und hat Werner Mauss seine Identität offenbart oder falsche Papiere benutzt?

25. Abgeordneter **Volker Neumann (Bramsche)** (SPD)

Trifft es zu, daß bei den Gesprächen zwischen Staatsminister Bernd Schmidbauer und den Vertretern der kolumbianischen Regierung, an denen der Privatdetektiv Werner Mauss teilgenommen hat, dieser von Staatsminister Bernd Schmidbauer mit falschem Namen vorgestellt und angeredet worden ist, und zu welchem Zeitpunkt haben die kolumbianischen Regierungsvertreter nach Kenntnis von Staatsminister Bernd Schmidbauer erfahren, daß es sich bei dem Gesprächspartner um den Privatdetektiv Werner Mauss handelt?

26. Abgeordneter **Volker Neumann (Bramsche)** (SPD)

Worauf stützt sich die Annahme der Bundesregierung, daß der kolumbianischen Regierung die tatsächliche Identität der ihr unter dem Namen Möllner vorgestellten Person bei den Gesprächen im Kanzleramt bekannt war? (Protokoll der Fragestunde vom 4. Dezember 1996, S. 13002 B)

27. Abgeordneter **Gert Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Seit wann ist der Bundesregierung das Schreiben der argentinischen Firma Techint bekannt, das im SPIEGEL Nr. 49/1996 auszugsweise abgedruckt worden ist?

28. Abgeordneter **Gert Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Hat Staatsminister Bernd Schmidbauer mit dem Privatdetektiv Werner Mauss über dessen Beteiligung an dem Freikauf von Mitarbeitern der Firma Techint in Kolumbien Gespräche geführt, und hat Staatsminister Bernd Schmidbauer in diesem Zusammenhang dem argentinischen Botschafter Keller Sarmiento Vorschläge unterbreitet, wie in dem im SPIEGEL abgedruckten Schreiben der argentinischen Firma Techint vom 31. Mai 1996 behauptet wird?

29. Abgeordneter **Hermann Bachmaier** (SPD)

Welche detaillierten Kenntnisse hat die Bundesregierung bzw. Staatsminister Bernd Schmidbauer von den bisherigen, langjährigen Aktivitäten des Agenten Werner Mauss und dessen Ehefrau in Kolumbien?

30. Abgeordneter **Hermann Bachmaier** (SPD)

Wann hat Staatsminister Bernd Schmidbauer den Chef des Bundeskanzleramtes, Friedrich Bohl, oder den Bundeskanzler informiert, daß er den Privatdetektiv Werner Mauss bei den von ihm in Kolumbien initiierten Operationen eingeschaltet hat, und wann hat der Chef des Bundeskanzleramtes, Friedrich Bohl, oder der Bundeskanzler den von Staatsminister Bernd Schmidbauer in Kolumbien geplanten Initiativen und der Einschaltung des Privatdetektivs Mauss zugestimmt?

31. Abgeordnete **Anni Brandt-Elsweier** (SPD)

Seit wann ist Staatsminister Bernd Schmidbauer bekannt, daß in Kolumbien Geldzahlungen an Terroristen auch im Zusammenhang mit dem Freikauf von Geiseln strafbar sind, es sei denn, daß der Freikauf im konkreten Fall mit Zustimmung der kolumbianischen Behörden erfolgt?

32. Abgeordnete **Anni Brandt-Elsweier** (SPD)

Welche Kontakte hat es zwischen Stellen in der Bundesregierung und kolumbianischen Stellen im Zusammenhang mit einer Befreiung bzw. einem Freikauf zugunsten der entführten Frau Schöne gegeben, und gab es Ratschläge des Bundeskanzleramtes an das Ehepaar Mauss, inwieweit die kolumbianische Regierung über Geiselbefreiungsaktionen informiert werden sollte?

33. Abgeordneter **Dr. Peter Struck** (SPD)

Bestätigt Staatsminister Bernd Schmidbauer seine Darstellung in der Fragestunde vom 4. Dezember 1996 über den Verlauf von Sondierungsgesprächen für einen runden Tisch zwischen Vertretern der kolumbianischen Regierung und der Guerillaorganisationen, daß die „Bildung dieses runden Tisches . . . fest auf Anfang Dezember terminiert war", und sind seine Äußerungen in der Fragestunde so zu verstehen, daß er darüber „in einem sehr ausführlichen Gespräch" mit dem kolumbianischen Präsidenten gesprochen hat?

34. Abgeordneter **Günter Verheugen** (SPD)

Wie war es dem Staatsminister Bernd Schmidbauer im Hinblick auf die Tatsache, daß er in der Fragestunde am 4. Dezember 1996 auf eine Frage von mir zu den in Anwesenheit des Privatagenten Werner Mauss geführten Gesprächen mit der kolumbianischen Regierung geantwortet hat : „Ich habe die humanitäre Seite in diesen Gesprächen

vermieden und die Notwendigkeit, diese Fragen zu lösen, nicht erläutert, Herr Kollege Verheugen", und im Hinblick darauf, daß er auf eine Frage des Kollegen Frank Hofmann (Volkach) zu demselben Thema geantwortet hat: „Herr Kollege, wir haben bei diesem Gespräch auch die Geiseln in Kolumbien angesprochen", möglich, in seinen Gesprächen die humanitären Fragen zu vermeiden und gleichzeitig die Geiselfrage, die das humanitäre Thema ist, anzusprechen?

35. Abgeordneter **Günter Verheugen** (SPD)

Ist die kolumbianische Regierung zu irgendeinem Zeitpunkt darüber informiert worden, daß der Privatagent Werner Mauss zur Lösung humanitärer Fragen eingesetzt wurde?

36. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wurden – sofern geschehen – der Bundeskanzler, der Chef des Bundeskanzleramtes, Friedrich Bohl, und der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, jeweils über die Zusammenarbeit von Staatsminister Bernd Schmidbauer mit Werner Mauss zur Freilassung von Geiseln sowie zur Sondierung von Friedensgesprächen in Kolumbien informiert, und welche Anregungen oder Anordnungen zur Gestaltung dieser Zusammenarbeit haben sie gegebenenfalls daraufhin jeweils getroffen?

37. Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, daß der Bundesnachrichtendienst (BND) – wie der „Stern" Nr. 50/1996 berichtet – bereits am 31. August 1993 von der Lieferung „über die Firma Vijay Fire Protection System Ltd. in Bombay/Indien" von Anlageteilen für die zweite Giftgasfabrik in Libyen wußte, aber weder Polizei noch Zolldienststellen über diese Erkenntnisse informierte, und wie bewertet die Bundesregierung zutreffendenfalls diese Untätigkeit des BND?

38. Abgeordneter **Egbert Nitsch (Rendsberg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß lt. stern (Nr. 50 vom 5. Dezember 1996) die deutschen Rüstungshändler Hans Joachim Rose in Stuttgart und Roland F. Berger in Tripolis, Libyen, in Zusammenwirken mit der indischen Firma Vijay Fire Protection System Ltd., Bombay, Anlagen für eine weitere Giftgasfabrik in Libyen lieferten, und was hat die Bundesregierung nach dieser Kenntnisnahme unternommen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

39. Abgeordneter **Heinz Schmitt (Berg)** (SPD)

Wie ist der Stand der Verhandlungen beim Zusatzabkommen zum NATO-Truppen-Statut, und bis wann rechnet die Bundesregierung mit der Unterzeichnung dieses Abkommens durch alle Stationierungsstaaten?

40. Abgeordneter **Heinz Schmitt (Berg)** (SPD)

Welche Gründe hat Belgien für seine Ankündigung, das Abkommen nicht zu unterzeichnen?

41. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung, um im Interesse eines leistungsfähigen Auswärtigen Dienstes die Nichtübernahme ganzer Ausbildungsjahrgänge zu vermeiden, durch die die Altersstruktur des Auswärtigen Dienstes in den verschiedenen Laufbahngruppen aus dem Gleichgewicht geraten würde?

42. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Hält es die Bundesregierung, insbesondere mit Blick auf die avisierte Außenwirtschaftsförderung, für politisch verantwortbar, Auslandsvertretungen (Botschaften, Generalkonsulate) der Bundesrepublik Deutschland zu schließen, und wie gedenkt die Bundesregierung in der Frage der Zahl der Auslandsrepräsentanzen der Bundesrepublik Deutschland zukünftig zu verfahren?

43. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung das Schicksal der 22 Nigerianer in Hannover ein, deren Hungerstreik vom August 1996 wegen drohender Abschiebung gerade auch in Nigeria bekanntgeworden ist (siehe Presseartikel vom 30. Juli 1996 im „Nigerian Concord", auch unter namentlicher Nennung aller 22 in „This Day" vom 25. November 1996), dies vor dem Hintergrund, daß auch ihre Zusammenarbeit mit Prof. Wole Soyinka darin benannt wurde und dieser vom Regime als ihr wichtigster Gegner betrachtet wird, und stimmt die Behauptung, daß das Regime über interne, diplomatische oder geheimdienstliche Wege die deutsche Seite darauf hingewiesen habe, daß sie die Abschiebung dieser 22 Nigerianer wünsche?

44. Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um von der Hacienda Bellacruz/Kolumbien vertriebene Bauern vor weiterer Bedrohung durch paramilitärische Einheiten zu schützen und zur Lösung des Landkonflikts und damit zur Befriegung des Landes beizutragen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf Frage 6 des Abgeordneten Wolfgang Schmitt (Langenfeld) im Stenographischen Bericht der 144. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 4. November 1996, S. 13046)?
45. Abgeordnete **Halo Saibold** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Warum spricht die Bundesregierung in ihrem Reisehinweis für Myanmar vom 15. Oktober 1996 davon, daß Burma ein Land mit geringem Sicherheitsrisiko ist, obwohl immer wieder davon berichtet wird, daß Touristen in Burma von den Sicherheitskräften festgenommen wurden?
46. Abgeordnete **Halo Saibold** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Warum hat die Bundesregierung im Wissen um die Menschenrechtsverletzungen in Burma und im Wissen darum, daß die demokratische Opposition in Burma mit militärischen Mitteln unterdrückt wird, einen Reisehinweis für Burma veröffentlicht, in dem technische Hinweise (Gesundheit, Währung, Drogenbesitz) gegeben werden und mit keinem Wort auf die politische Lage in Burma eingegangen wird?
47. Abgeordneter **Dieter Heistermann** (SPD)	Erwartet die Bundesregierung nach Inkrafttreten des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜK) Anfragen von Staaten, die dem Abkommen beigetreten sind, alte chemische Waffen aus deutscher Produktion, die im Hoheitsgebiet dieser Staaten lagern bzw. gefunden worden sind (z. B. Dänemark), zur Vernichtung zu übernehmen bzw. die Kosten ihrer Bergung und Vernichtung zu tragen?
48. Abgeordneter **Dieter Heistermann** (SPD)	Gibt es Überlegungen der Bundesregierung, mit denjenigen Vertragsstaaten des CWÜK, in denen sich alte chemische Waffen deutscher Produktion befinden, zu vertraglichen Regelungen nach Artikel IV (B) Abs. 18 des Anhangs 2 des CWÜK hinsichtlich der Vernichtung dieser alten Waffen zu kommen?
49. Abgeordneter **Kurt Palis** (SPD)	Sieht die Bundesregierung im Inkrafttreten des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜK) im Frühjahr 1997 und in der damit beginnenden Zehnjahresfrist auch zur Vernichtung alter chemischer Waffen einen Anlaß, mit den Bundesländern über eine Regelung der Frage der Kostenübernahme für Bergung und Vernichtung zu verhandeln?

50. Abgeordneter
Kurt
Palis
(SPD)

Wird sich die Bundesregierung an einer bundesweiten Erfassung von chemischen Rüstungsaltlasten, die zur Erfüllung der Bestimmungen des CWÜK (Meldung von Standorten innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten, laut Artikel III des Abkommens) notwendig ist, finanziell beteiligen?

51. Abgeordneter
Dr. Peter
Struck
(SPD)

Welche Weisungen sind auf wessen Veranlassung vom Auswärtigen Amt an die Deutsche Botschaft in Kolumbien gegeben worden, die den Privatdetektiv Werner Mauss und seine Frau betreffen, und an welche Stellen der Bundesregierung haben Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Bogota Berichte im Zusammenhang mit der Entführung und dem Freikauf von Frau Schöne gerichtet?

52. Abgeordneter
Egbert
Nitsch
(Rendsburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, nachdem sie ihr Engagement für Gefangene und Verfolgte in Kolumbien mehrfach verbal auch in der Fragestunde in der 144. Sitzung vom 4. Dezember 1996 betont hat, die Botschaft in Bogota zu bitten, nicht nur die Informationen der Bauernorganisation ANUC, sozusagen am Schreibtisch zur Kenntnis zu nehmen, sondern, wie bereits in der Frage 51 meines Kollegen Wolfgang Schmitt (Langenfeld) in der letzten Fragestunde zum Ausdruck kam, sich im direkten Gespräch mit den Bauernvertretern in den Räumen der Landreformbehörde INCORA in Bogota über die aktuelle Situation dieser zum Teil mit dem Tode bedrohten Bauernfamilien zu informieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

53. Abgeordneter
Ludwig
Stiegler
(SPD)

Trifft es zu, daß das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung eine Novellierung der Grenzgängerregelung anstrebt mit dem Ziel, nach einer Beschäftigungsdauer von fünf Jahren einen Rechtsanspruch auf Zulassung zum deutschen Arbeitsmarkt zu gewähren, und wie soll diese Regelung z. B. an der tschechischen Grenze gegenüber den arbeitslosen deutschen Arbeitnehmern gerechtfertigt werden?

54. Abgeordnete **Renate Jäger** (SPD)

Gilt bei Arbeitnehmern, die im Dezember dieses Jahres einen Kündigungsvertrag mit einer auf fünf Jahre bezogenen Abfindung und einer Kündigungsfrist von einem viertel bis zu einem halben Jahr unterzeichnen, im Falle einer Neuregelung, wie in § 140 des Arbeitsförderungsgesetzes vorgesehen, der Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung dahin gehend, daß gemäß der alten Regelung (bisher geltendes Recht) keine Anrechnung der Abfindung auf das Arbeitslosengeld erfolgt?

55. Abgeordnete **Renate Jäger** (SPD)

Würde im Falle der Einführung einer gesetzlichen Regelung nach § 140 des Arbeitsförderungsgesetzes bei Eintritt in die Arbeitslosigkeit eine Anrechnung der Abfindung auf das Arbeitslosengeld, unabhängig vom Zeitpunkt der Unterzeichnung eines Kündigungsvertrages, stattfinden?

56. Abgeordneter **Alfred Hartenbach** (SPD)

Welche Angaben liegen der Bundesregierung vor, ob Kurorte aus der Nutzung der Kureinrichtungen durch Kurgäste wirtschaftliche Nebenwirkungen gehabt haben, wie z. B. Hotelnutzung durch Familienbesuche, damit verknüpfte Umsätze in Gaststätten u. ä., die bei einer Kürzung der Aufenthaltsdauer von Kurgästen um ein Viertel sich ebenfalls vermindern werden?

57. Abgeordneter **Alfred Hartenbach** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung für Standorte von Kureinrichtungen in strukturschwachen Räumen regionalpolitische Ausgleichsmaßnahmen zu fördern, um für den in diesen Orten bevorstehenden dauernden Wegfall von Arbeitsplätzen durch zeitweise oder dauerhafte Schließung von Einrichtungen einen Ausgleich zu schaffen?

58. Abgeordneter **Dr. Dietrich Sperling** (SPD)

Hat die Bundesregierung Beispielsfälle von Kureinrichtungen modellhaft oder exemplarisch überprüft, die bei nichtkompensierter Minderung der Nutzung ihrer Kapazität aufgrund der Verringerung der Verweildauer bei Kuren von 28 auf 21 Tage Umsatzeinbußen von 25% erwarten müssen?

59. Abgeordneter **Dr. Dietrich Sperling** (SPD)

Sind der Bundesregierung exemplarische oder modellhafte Berechnungen bekannt, wonach die direkten und indirekten Wirkungen einer nichtkompensierten Kürzung der Verweildauer von Kuren von 28 auf 21 Tage und Personalkostenanteilen an den Gesamtkosten von 60% bei Kureinrichtungen und zuleistenden Unternehmen, und 45% bei zuliefernden Unternehmen,

zu Mindereinnahmen und Mehrausgaben öffentlicher Hände und Sozialversicherungsträgern einschließlich der Bundesanstalt für Arbeit führen, die 90% jener Ausgabenminderung ausmachen, die bei dem Versicherungsträger anfällt, der die Kosten der Nutzung der Kureinrichtung trägt?

60. Abgeordnete **Gudrun Schaich-Walch** (SPD)

Würden die Versicherungsträger die Kureinrichtungen wegen der Kürzung der Verweildauer bei Kuren von 28 auf 21 Tage um 25% weniger belegen, wie hoch würden die Minderausgaben der Versicherungsträger und damit die Mindereinnahmen der Kureinrichtungen sein?

61. Abgeordnete **Gudrun Schaich-Walch** (SPD)

Wie hoch sind im Durchschnitt die Personalkostenanteile von Kureinrichtungen, und um welchen Prozentsatz würden sie im Durchschnitt ihr Personal verringern müssen, wenn ihr Auslastungsgrad und damit ihre Einnahmen um 25% sinken?

62. Abgeordneter **Ernst Schwanhold** (SPD)

Erwartet die Bundesregierung aus der Kürzung der Verweildauer bei Kuren (von 28 auf 21 Tage in Kureinrichtungen) eine geringere Auslastung dieser Einrichtungen, oder wird eine zwangsläufige binnenwirtschaftliche Entwicklung für die betreffende Branche eine Kompensierung des zunächst verursachten Nachfrageausfalls herbeiführen?

63. Abgeordneter **Ernst Schwanhold** (SPD)

Unterstellt man einen Nachfragerückgang um 25%, um welchen Betrag würde der Umsatz von Kureinrichtungen schrumpfen, und wie groß ist der Personalbestand der Kureinrichtungen, der von einer solchen Entwicklung betroffen wäre?

64. Abgeordneter **Adolf Ostertag** (SPD)

In welcher Höhe verändern sich Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hände und der solidarischen Sicherungssysteme, wenn der Personalkostenanteil der für Kureinrichtungen leistungserbringenden Unternehmen wie bei den Kureinrichtungen um 60% liegt und bei ihnen dieselben Folgen wie bei Kureinrichtungen eintreten, falls wegen Kürzung der Verweildauer von 28 auf 21 Tage deren Auslastung um 25% sinkt?

65. Abgeordneter **Adolf Ostertag** (SPD)

Welche Informationen hat die Bundesregierung zum Umfang von (Waren-)Lieferungen Dritter an Kureinrichtungen, falls deren Auslastungsgrad um 25% sinkt und welchen Personalkostenanteil haben diese liefernden Unternehmen, der dann bei entsprechender Personalminderung zu Einnahmeausfall und Zahlungsverpflichtung bei den öffentlichen Händen und den solidarischen Sicherungssystemen führt?

66. Abgeordnete **Dorle Marx** (SPD)

Welchen Anteil an den Personalausgaben von Kureinrichtungen haben die Sozialabgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und um welchen Betrag würden die Einnahmen von Sozialversicherungsträgern sinken, wenn der Auslastungsgrad von Kureinrichtungen um 25% schrumpft und die entsprechenden Folgemaßnahmen im Personalbereich unausweichlich sind?

67. Abgeordnete **Dorle Marx** (SPD)

Welche Mindereinnahmen an Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag haben öffentliche Hände zu erwarten, wenn aufgrund der Minderauslastung von Kureinrichtungen 25% ihres Personals eingespart werden müssen?

68. Abgeordnete **Erika Lotz** (SPD)

Wie hoch sind die Lohnersatzaufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit,wenn der Auslastungsgrad von Kureinrichtungen um 25% zurückgeht und daraus eine Personalkürzung um 25% resultiert?

69. Abgeordnete **Erika Lotz** (SPD)

Um welche geschätzte Summe sinken Kommunaleinnahmen aus Kurtaxen,wenn sich die Zahl der Kurtage um 25% mindert?

70. Abgeordnete **Adelheid Tröscher** (SPD)

Um welchen Betrag würden Mehrwertsteuereinnahmen sinken, wenn die Auslastung von Kureinrichtungen um 25% zurückgeht?

71. Abgeordnete **Adelheid Tröscher** (SPD)

In welchem Umfang mindern sich die (Dienst-) Leistungen Dritter an Kureinrichtungen, wenn deren Auslastungsgrad um 25% zurückgeht?

72. Abgeordneter **Horst Schmidbauer (Nürnberg)** (SPD)

Trifft es zu, daß durch die politischen Vorgaben im Rahmen des von der Bundesregierung vorgelegten „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung" die Rentenversicherungsträger Verträge für rd. 12000 Reha-Betten gekündigt haben oder noch kündigen, und trifft es des weiteren zu, wie der „Gelbe Dienst" vom 9. Dezember 1996 meldet, daß der Chef des Bundeskanzleramtes, Friedrich Bohl, versucht, entgegen diesen Kündigungen Belegungsverträge der Rentenversicherungsträger mit der Reha-Med in Königstein durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

73. Abgeordnete **Ulrike Mehl** (SPD)

Welche Umstrukturierungen im Bereich „Artenschutz" des Bundesamtes für Naturschutz plant die Bundesregierung, und welche Verbesserungen sollen sich daraus für den Bereich „Wissenschaftliche Grundlagen des Artenschutzvollzugs" hinsichtlich der Personalausstattung und der inhaltlichen Bearbeitung ergeben?

74. Abgeordnete **Ulrike Mehl** (SPD)

Wie wird die Bundesregierung künftig die nach eigener Auskunft auf meine Fragen 40 bis 43 in Drucksache 13/214 seit der Neugründung des Bundesamtes für Naturschutz „enger und effizienter geworden(e)" Arbeit im Bereich des Artenschutzes aufrechterhalten, und welche Änderungen der Arbeitsschwerpunkte sind mit der Neustrukturierung geplant?

75. Abgeordneter **Eckart Kuhlwein** (SPD)

Welche Projekte und Umweltforschungsprogramme des Umweltbundesamtes wurden vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit abgelehnt oder finanziell gekürzt, und womit wurden diese Maßnahmen begründet?

76. Abgeordneter **Eckart Kuhlwein** (SPD)

Gibt es interne Anweisungen und Verfahrenswege des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gegenüber dem Umweltbundesamt, um kritische fachliche Stellungnahmen in der Öffentlichkeit zu verhindern, und wie werden solche Maßnahmen ggf. begründet?

77. Abgeordneter **Christoph Matschie** (SPD)

Treffen Zeitungsmeldungen zu, daß das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sämtliche Sach- und Personalausschreibungen des Umweltbundesamtes kontrolliert und das Bundesministerium sogar an Einstellungsgesprächen der Behörde beteiligt ist?

78. Abgeordneter **Christoph Matschie** (SPD)

Auf der Basis welcher Anweisung erfolgen die Kontrolle und Disziplinierung des Umweltbundesamtes, und wer hat dafür die Vorgaben gemacht?

79. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)

Ist es richtig, daß im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine Liste von Mitarbeitern des Umweltbundesamtes (UBA) existiert, die sich fachlich-kritisch zu umweltpolitischen Vorlagen und Entscheidungen der Bundesregierung geäußert haben?

80. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)

Werden dem UBA vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Kontakte und Gespräche zu Abgeordneten des Deutschen Bundestages untersagt, und wenn ja, mit welcher Begründung?

81. Abgeordneter **Michael Müller (Düsseldorf)** (SPD)

Was sind die Motive des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, das Umweltbundesamt künftig stärker zu kontrollieren (vgl. den Bericht „Bonner Leine" im SPIEGEL Nr. 49/1996), und ist dies die generelle Auffassung der Bundesregierung, Bundesbehörden zur reinen Legitimation für politische Entscheidungen zu benutzen?

82. Abgeordneter **Michael Müller (Düsseldorf)** (SPD)

Hält das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit es für einen Beitrag zur Glaubwürdigkeit und Seriosität, dem Umweltbundesamt die Möglichkeit zu nehmen, fachlich begründete Stellungnahmen ohne vorherige Einflußnahme durch das Bundesministerium abzugeben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

83. Abgeordneter **Dr. Jürgen Meyer (Ulm)** (SPD)

Wird der Bund seine Rechte als Aktionär aus den Beteiligungen an der Deutschen Postbank AG oder die Möglichkeiten der bankenrechtlichen Aufsicht über das Kreditwesen dahin gehend nutzen, sich für die Einstellung der aktuell von der Deutschen Postbank AG in 70148 Stuttgart mit folgendem Text betriebenen Werbung (Anlage zu den Kontoauszügen ihrer Kunden), – „Postbank Euro-Termingeld: Ihr Geld arbeitet für Sie in Luxemburg. Sehr geehrte Damen und Herren, Sie kennen sicher die Situation: Auf Ihrem Postbank Girokonto sammelt sich ein stattliches Guthaben an, das sie vorübergehend nicht benötigen. Warum schicken Sie es nicht mal kurzfristig

auf Reisen? Ab 200000 DM kann Ihr Geld für Sie in Luxemburg arbeiten. Unsere erfahrenen Finanzexperten sorgen dafür, daß es für Sie auf internationalen Finanzmärkten gut verdient. Die Reisedauer legen sie selbstverständlich vorher fest: von einer Woche bis zu zwölf Monaten. Rufen Sie einfach Ihren Postbank Firmen-Service an. Dort erfahren Sie auch unsere aktuellen Konditionen." – einzusetzen, und, falls dies der Fall ist, welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung insoweit zu ergreifen?

84. Abgeordneter **Dr. Jürgen Meyer (Ulm)** (SPD)

Wird sich der Bund in seinen vorbezeichneten Funktionen ebenfalls dafür einsetzen, daß die Deutsche Postbank AG zukünftig in ihrem gesamten Unternehmensbereich keine Werbung mit einem derartigen (unter Frage 83 genannten) Inhalt oder einer entsprechenden Zielrichtung betreibt – wenn nein, aus welchen Gründen, und wenn ja, durch welche konkreten Maßnahmen?

85. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)

Wie ist die Ausdünnung des Postfilialnetzes mit dem Infrastrukturauftrag der Bundesregierung vereinbar, wenn bei den geplanten Schließungen von Postfilialen durch die Deutsche Post AG trotz der Bereitschaft örtlicher Interessenten zur Übernahme einer Postagentur solche Agenturen nicht eingerichtet werden sollen, wie es z. B. im Fall der Postfiliale in Jechtingen (Gemeinde Sasbach) der Fall ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

86. Abgeordneter **Klaus-Jürgen Warnick** (PDS)

Unter welchen Voraussetzungen hält die Bundesregierung den Abschluß des Übergangsprozesses der ostdeutschen Mieten ins Vergleichsmietensystem zum 1. Januar 1998 für möglich, und welche weiteren Regelungen und Maßnahmen (Gesetze, Verordnungen, wissenschaftliche Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit usw.) plant die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Forderungen und Vorschläge des deutschen Mieterbundes e. V. sowie der wohnungswirtschaftlichen Verbände für den Übergang der Mieten in Ostdeutschland ins Vergleichsmietensystem?

87. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Warnick
(PDS)

Inwieweit ist aus Sicht der Bundesregierung zur Bestimmung der Ortsüblichkeit der Miete die (flächendeckende) Erstellung von Mietspiegeln in den ostdeutschen Ländern auf der Grundlage eines Mietspiegelgesetzes erforderlich, und in welchen ostdeutschen Städten und Gemeinden werden nach Kenntnis der Bundesregierung Mietspiegel zum 1. Januar 1997 bzw. zum 1. Juli 1997 bzw. zum 1. Januar 1998 in Kraft gesetzt sein?

88. Abgeordneter
Otto Reschke
(SPD)

Wurden inzwischen vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, zur Erarbeitung einer Klageschrift ein Anwalt oder andere beauftragt und zur gerichtlichen Geltendmachung der Schadenersatzforderungen des Bundes in Höhe von 452 Mio. DM für die durch das Hochwasserereignis im Dezember 1993 entstandenen Schäden am „Schürmann-Bau" – wie von Bundesminister Dr. Klaus Töpfer am 26. September 1996 im Haushaltsausschuß angekündigt – bereits Klage gegen die als Schädiger angesehene holländische Baufirma mit welcher Schadenersatzforderung eingereicht?

89. Abgeordneter
Otto Reschke
(SPD)

Wann ist mit der Vorlage einer abgeschlossenen Sanierungs- und Weiterbauplanung für den „Schürmann-Bau" zu rechnen, die jeweils in ihrem Leistungsumfang den vom Haushaltsausschuß am 26. September 1996 beschlossenen Kostenobergrenzen entsprechen, und müssen für die Weiterbauplanung neue Verträge mit Architekten und Ingenieuren abgeschlossen werden?

90. Abgeordneter
Rudolf Purps
(SPD)

Plant der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, die Aufträge für die Sanierungsleistungen am „Schürmann-Bau" an nur ein Unternehmen zu vergeben, und plant Bundesminister Dr. Klaus Töpfer, die Leistungen für den Weiterbau an einen Generalunternehmer zu vergeben?

91. Abgeordneter
Rudolf Purps
(SPD)

Wann ist mit einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs über die Zulässigkeit des vom Bund beantragten Revisionsverfahrens wegen gerichtlich geltend gemachter Schadenersatzansprüche eines Bonner Unternehmens an den Bund zu rechnen, und welche weiteren Schadenersatzforderungen Dritter an den Bund bestehen in Sachen „Schürmann-Bau" noch?

92. Abgeordneter **Dr. Rolf Niese** (SPD)

Wann lief die Frist für die europaweite Ausschreibung der Sanierung des „Schürmann-Baus" ab, von der der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, am 26. September 1996 im Haushaltsausschuß berichtete, sie laufe in 37 Tagen ab, und wann ist mit der Vergabe und dem Beginn der Sanierungsarbeiten zu rechnen?

93. Abgeordneter **Dr. Rolf Niese** (SPD)

Hat sich an der europaweiten Ausschreibung der Sanierung für den „Schürmann-Bau" auch die als Schädiger angesehene holländische Baufirma beteiligt, und wenn ja, wie bewertet Bundesminister Dr. Klaus Töpfer dieses Angebot vor dem Hintergrund der Entscheidung der Bundesregierung, gegen diese Baufirma die gesamten Sanierungskosten zusammen mit den weiteren Schadenersatzansprüchen einzuklagen?

94. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Welche geschätzten Mehrkosten pro Sitzungswoche sind nach Einschätzung der Bundesregierung für den Bundeshaushalt (u. a. für die Sicherstellung der Präsenz der Bundesregierung in Berlin) mit der Umsetzung des Beschlusses des Ältestenrates vom 28. November 1996 zu erwarten, wonach der Deutsche Bundestag seine Plenartätigkeit in Berlin im Frühjahr 1999 auch dann aufnehmen soll, wenn die für die Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages erforderlichen Bauten im Spreebogen noch nicht fertiggestellt sind und daher die vorhandenen Räumlichkeiten in Bonn genutzt werden?

95. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Welche Kosten entstehen nach Einschätzung der Bundesregierung für den Fall, daß in Berlin bis zur Herstellung der vollen Arbeitsfähigkeit des Deutschen Bundestages provisorische Übergangsquartiere bezogen werden sollten, und zu welchem Zeitpunkt ist nach jetzigem Kenntnisstand mit der Bezugsfertigkeit von Alsen-, Dorotheen- und Luisenblock zu rechnen?

Bonn, den 6. Dezember 1996

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 9240-0, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333